Demokratie und Bolschewismus

von

Walter Kamper

Flugschriften der Frankfurter Zeitung

Flugschriften der Frankfurter Zeitung

Vor kurzem sind erschienen:

Die Todesgefahr des Kontinents.

Von Deutschland, Europa, der Welt und der Valuta.

Von Arthur Feiler.

Die deutsche Finanzlage.

Von Albert Oeser,
Handelsredakteur der Frankfurter Zeitung in Berlin.

Neue veränderte Auflage.

Mit Ergänzungen im Text gemäß dem Stande von Anfang 1920 und mit einem Nachtrag.

Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

Ein wirtschaftlicher Rückblick und Ausblick

von Ernst Kahn.

Wiederaufbau oder Zusammenbruch?

Eindrücke aus dem Industriegebiet.

Von Leo Stahl.

Preis jeder Flugschrift: Mk. 1.50

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag.

Demokratie
und
Bolschewismus.

Betrachtungen über staatspolitische Grundfragen.

Von

Walter Kamper

Redakteur der Frankfurter Zeitung.

Frankfurt am Main 1920
Verlag der Frankfurter Societätsdruckerei.

Inhalt.

Seite

Vorbemerkung 5

I. Demokratie.

1. Der Volkswille 7
2. Massen und Führer 13

II. Bolschewismus und Demokratie.

3. Das bolschewistische Gemeinwesen . . 18
4. Parlament und Sowjet 24
5. Die Weltkrise 30

Vorbemerkung.

Wenn von den nachfolgenden Aufsätzen (die zuerst in der „Frankfurter Zeitung" veröffentlicht wurden) die beiden ersten einige allgemeine Beiträge zum Thema Demokratie zu geben versuchen, während die drei letzten sich mit den Grundfragen des Bolschewismus befassen, so steht der zweite mit dem ersten Teil doch in allerengster Verbindung: das, was über den Bolschewismus gesagt wird, ist im Grunde nichts als eine Anwendung dessen, was vorher als Grundlage einer den modernen Erkenntnissen angepaßten demokratischen Anschauung entwickelt wurde. Auf die Herausarbeitung dieser positiven Grundauffassung, die sich durch alle Aufsätze gleichmäßig hindurchzieht, kam es dem Verfasser in erster Linie an.

Bei der Beurteilung des bolschewistischen Problems haben sich im übrigen die Aufsätze keineswegs zur Aufgabe gesetzt, den verschlungenen und der übrigen Welt nur wenig zuverlässig bekannten Wegen nachzugehen, die der Bolschewismus in seiner tatsächlichen Entwicklung seit der Eroberung der russischen Staatsgewalt eingeschlagen hat. Wäre dies versucht worden, so würde sich die Arbeit leicht ins Uferlose verloren haben, ohne daß angesichts der Umstrittenheit wichtigster Tatsachen für die Betrachtung der allgemeinen Fragen viel gewonnen worden wäre. Die Aufsätze halten sich daher in der Hauptsache einfach an die Idee des Bolschewismus, wie sie dessen maßgebenden Führern, vor allem Lenin, vorgeschwebt hat und von ihnen literarisch niedergelegt worden ist. Diese allgemeine Idee des Bolschewismus, die ja ungeachtet aller taktischen Zugeständnisse ihre selbständige Existenz behält und auch selbständig wirksam bleibt, suchen die Aufsätze politisch zu werten. Sie wollen sie rein politisch werten und verzichten daher von vornherein auch darauf, mit den in der Diskussion der letzten Jahre beliebt gewordenen metaphysischen Spekulationen über die „kosmische Bedeutung" des Bolschewismus oder ähnliches in Konkurrenz zu treten.

Der Volkswille.

Hans Delbrück erwähnt in seiner kurz vor dem Kriege erschienenen Schrift „Regierung und Volkswille" den monumentalen Ausspruch Hegels: „Das Volk ist derjenige Teil des Staates, der nicht weiß, was er will." Der uralte Grundeinwand gegen den Begriff des Volkswillens und damit gegen die ganze Idee der Demokratie — denn jede Demokratie setzt irgendwie das Vorhandensein eines Volkswillens voraus — ist hier auf eine klassisch-kurze Formel gebracht: es gibt keinen Volkswillen, weil das Volk überhaupt keinen Willen hat. Dies elementare Gegenargument führt in das Zentrum der gesamten Auseinandersetzung mit dem Problem der Demokratie.

Zunächst: nichts leichter, als den Satz Hegels zu begründen. So ketzerisch er klingt, so enthält er im Grunde, aus dem Zusammenhang gerissen, doch nur einen banalen Gemeinplatz. In der Tat: wie groß ist denn die Zahl der Menschen, die den Problemen der modernen Großstaatspolitik gegenüber als urteils- und willensfähig gelten können? Selbst vor den einfachsten Kardinalfragen der Politik sieht man die Masse der Individuen — gleichviel, welcher sozialen Schicht — schwankend und unsicher stehen; es ist letzten Endes kein bewußter und stetiger Wille, sondern es sind unklare, im Vorhof des Willens verbleibende Antriebe, die sie leiten. Ein Gespräch mit dem Kommerzienrat Hinz oder dem Friseurgehilfen Kunz etwa über Monarchie und Republik wird dies in neun von zehn Fällen bestätigen. Schwieriger noch als mit dem isolierten steht es mit dem summierten Willen der einzelnen. Wie soll es möglich sein, aus der Summe von Negativen ein Positivum zu gewinnen, aus der unendlichen Vielheit von Willenlosigkeiten so etwas wie einen Massenwillen zu destillieren? Die Willenselemente der Individuen sind nicht nur zu wenig bewußt und kräftig, sie sind auch zu buntscheckig und widerspruchsvoll, um durch Addierung etwas Einheitliches zu ergeben; es ist lediglich ein Chaos unendlich zersplitterter Vorstellungen, das sich hier auftut. Absurder Gedanke, durch eine Parlamentswahl ein

mechanisches Abbild dieser chaotischen Vorstellungsmengen herstellen zu wollen! Die Psychologie der Gewählten wird von der der Wähler immer verschieden sein, auch wenn sie alle mit Haut und Haaren der gleichen Partei angehören. Denn die Menschen sind keine Partei-Homunculi; die zehntausend Wähler etwa, die sich von den verschiedensten Ueberlegungen und Erwartungen aus zusammengefunden haben, um für den Abgeordneten Schulze zu stimmen, werden durch die Tatsache dieses einheitlichen Votums keineswegs zu einer homogenen, von Herrn Schulze naturgetreu widergespiegelten Gemeinschaft, deren Denken und Wollen nun vier Jahre lang durch die Stimme ihres Parlamentsvertreters Gestalt annähme.

Ist damit der Begriff des Volkswillens widerlegt? Er kann es nicht sein; denn in jedem Kapitel der modernen Geschichte stößt man auf ihn, auf sein Vorhandensein und seine Wirksamkeit In dem Aufkommen der Verfassungsstaaten sieht man auf Schritt und Tritt sein Walten und ebenso in dem siegreichen Vordringen des Nationalitätsprinzips oder in dem mächtigen Anwachsen der sozialistischen Bewegungen. Hunderte und Tausende von Malen haben alle diese Entwicklungen in großen Massen einen heißen und harten Willen erzeugt, und eben im Weltkrieg noch hat ein solcher Massenwille das Volk zu Leistungen befähigt, die nie für möglich gehalten worden wären. Es gibt einen Volkswillen und darum muß der Einwand gegen seine Existenz an dem, worauf es ankommt, vorbeireden.

Man kommt dem Wesen des Problems näher, wenn man von einer konkreteren Fragestellung ausgeht. Wie vollzieht sich denn in der politisch-demokratischen Praxis die Herausarbeitung dessen, was als Volkswille angesehen wird? Wenn man den Hergang auf seine einfachsten und wesentlichsten Bestandteile zurückführt und alle verwirrenden Komplizierungen ausschaltet, so fällt zunächst eines ins Auge: die Tatsache, daß sich zwischen den einzelnen und das Volk ein Zwischenglied einschiebt, nämlich die politische Partei. Von vielen verschrien als etwas, was seinem ganzen Wesen nach im günstigsten Fall ein notwendiges Uebel sei, ist sie in Wahrheit — so übel sich ihre Realität auch darstellen mag — ein nicht nur unvermeidliches, sondern durchaus vernünftiges und sinnvolles Mittel der Politik. Ihre wesentliche Funktion aber ist die Umwandlung des isolierten individuellen Willens in gesammelten Kollektivwillen.

Und hier liegt die Lösung des scheinbaren Widerspruchs zwischen der Tatsache des Willensmangels der Menge und dem Postulat des Volkswillens: die Antriebe der einzelnen, chaotisch wie sie sind, verändern ihre Natur dann durchaus, wenn sie mit den gleichen oder mit ähnlichen Tendenzen von vielen anderen zusammentreffen, wenn die verwandten Impulse der Individuen in Kontakt miteinander geraten, wenn aus dem trüben Rauch der individuellen Willensinhalte die helle Flamme eines Gemeinschaftswillens emporschlägt. Er ist es, der allein als gestaltende politische Kraft in Betracht kommen kann, weil durch ihn das Chaos der millionenfach einander kreuzenden oder zusammenhanglos nebeneinander herlaufenden individuellen Tendenzen überwunden wird. Es vollzieht sich ein Auslesepro-zeß: gewisse Triebkräfte von besonderer Stärke heben sich aus den übrigen heraus und vereinigen sich mit verwandten Strömungen zu einer Bewegung, die imstande ist, Massen an sich zu ziehen. Nur indem so das Chaos sich gestaltet, die Triebe in Kräfte umgesetzt werden, lassen sich diese Kräfte politisch erfassen, gegeneinander abwägen und in einem Parlament annäherungsweise ausbalanzieren. Die Träger dieser Entwicklung aber sind die aktiven Naturen, die den Blick haben für die latenten Gestaltungsmöglichkeiten des Chaos, die ihren Willen der Masse mitzuteilen und eben damit den eigenen Willen der Masse zu wecken verstehen.

Die Partei erfüllt so auf die einzig mögliche Weise eine Funktion, die die reaktionären Richtungen vergeblich auf andere Faktoren zu verteilen versucht haben. Es war eine alte These der deutschen Konservativen, daß das allgemeine Wahlrecht das Volk atomisiere und daß man dieser Atomisierung eine „organische Gliederung" des Volkes entgegenstellen müsse — worunter sie dann die Gruppierung der Wähler und die Abstufung ihres Wahlrechts nach dem Beruf oder nach dem Besitz verstanden. An dieser Argumentation war der Ausgangspunkt — der Gedanke nämlich, daß die wählenden Individuen einer Gliederung bedürfen — durchaus richtig, nur die Schlußfolgerung war falsch. Denn die politische Gliederung des Volkes kann selbstverständlich nicht nach vollkommen unpolitischen Merkmalen wie Beruf und Besitz vorgenommen, sie darf überhaupt nicht von oben her in das Volk hineingetragen werden, sondern muß aus ihm selbst herauswachsen. Diese politische Selbstorganisation aber, wie

Preuß es nennt, ist gleichbedeutend mit Parteibildung. In den Parteien gliedert sich das Volk von unten herauf; von Haus aus vollkommen labil, vermögen sie, solange sie nicht entartet sind, alle neuaufkommenden Volksbewegungen in sich einzubeziehen und dem Volke die Zentren zu geben, um die es sich sammeln und durch die es sich scheiden kann.

Das deutsche Volk hat bald nach der Revolution seine Konstituante gewählt, und die Konstituante hat einige Monate danach ihr Hauptwerk, die neue Reichsverfassung, fertiggestellt. Wie verhalten sich beide zum Volkswillen? Sicherlich ist die Nationalversammlung so wenig wie irgend ein anderes Parlament eine Photographie der individuellen Vorstellungs- und Willenskomplexe der Wähler; die Wähler werden sich, solange sie an ihren einzelnen Meinungen und Postulaten haften bleiben, in ihren Abgeordneten oft nur schwer wiedererkennen. Es ist gewiß auch im höchsten Maße zweifelhaft, ob ein beliebig herausgegriffener Satz der neuen Verfassung, wenn man ihn zur Volksabstimmung stellte, eine Mehrheit finden, und ob nicht die Verfassung ein wesentlich anderes Aussehen erhalten haben würde, wenn über jede einzelne ihrer Bestimmungen das ganze Volk befragt worden wäre. Dennoch fühlt jeder, der für das politisch Wesentliche Blick hat, daß die Verfassung nicht nur formal, sondern auch sachlich ein demokratisches Grundgesetz ist, und daß die Nationalversammlung sich hier durchaus als ein taugliches Organ der Demokratie erwiesen hat. Man braucht, um hierüber zur Klarheit zu gelangen, nur von dem Gewirr der individuellen Tendenzen zu abstrahieren und statt dessen auf die großen Triebkräfte zu achten, die im Volke lebendig sind.

Zur Zeit gruppieren sich die politischen Gegensätze, die die Massen des Volkes bewegen und erschüttern, ganz überwiegend um die sozialen Fragen, um das Problem des Sozialismus. Der Strom der auf die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit gelenkten Tendenzen ist stark, aber es ist alles in Gärung, und die Ziele der Bewegung sind äußerst verworren. Auf der einen Seite ist der dogmatische Sozialismus des Erfurter Programms von Zweifeln und Ernüchterungen angefressen; das Suchen nach neuen Formen aber, nach einer freieren Auffassung des Sozialismus, das in der Luft liegt, hat zu konkreten und klaren Ergebnissen bisher nicht geführt. Auch vor der Sozialdemokratie, der

Urheberin des Erfurter Programms, hat der Drang nach Emanzipation von der Doktrin nicht haltgemacht; immerhin aber nimmt sie ihn ihrer Tradition gemäß nur mit Widerstreben auf, und im ganzen kann man in ihr immer noch den Sammelpunkt für allen an bestimmte Formeln gebundenen Sozialismus sehen. Durch diese Sachlage gewinnt die Parteikonstellation der Nationalversammlung, die der Sozialdemokratie beinahe, aber nicht ganz die Mehrheit gibt, ihre eigentliche Bedeutung. Besäße die Sozialdemokratie die Macht, der Nationalversammlung einfach ihren Willen zu diktieren, so hätte sie, wenn auch gegen ihre Absicht, als die Gefangene ihrer eigenen Formeln die von ihr repräsentierte dogmatische Richtung des Sozialismus in der Verfassung mit einer Einseitigkeit dekretieren müssen, die durch die innere Kraft dieser Richtung keineswegs gerechtfertigt gewesen wäre. Die in den übrigen Parteien gegebene Mehrheit der Nationalversammlung hat dies verhindert; es wurde vermieden, daß die Verfassung anstelle des alten reaktionären einen modernen proletarischen Klassenstaatscharakter erhielt; innerhalb der Sozialdemokratie selbst wurden die über den Klassenkampf hinausweisenden Tendenzen gekräftigt, und es wurde die Sozialdemokratie dadurch überhaupt erst voll regierungsfähig im Sinne der Demokratie. Die Tatsache andrerseits, daß den sozialistischen Fraktionen in der Nationalversammlung nur wenig an der absoluten Mehrheit fehlt, daß also nichts Wesentliches gegen sie geschehen kann, hat den sozialen Kräften in allen Nachbarparteien einen gewaltigen Antrieb verliehen, und die Folge war, daß eine Verfassung entstand, die einem frei aufgefaßten Sozialismus alle Möglichkeiten öffnet. Da die Verfassung außerdem in ihrem demokratischen Aufbau vollkommen tadelsfrei ist und da sie der Verwirklichung des dezentralisierten Einheitsstaates wesentlich näher führt, so kann man wohl behaupten, daß die starken, durch die Revolution entfesselten Strömungen in der Verfassung lebendig wirksam geworden sind, und daß die Verfassung im ganzen durchaus als die *Resultante* der großen, das Volk bewegenden *Triebkräfte* angesehen werden kann. Nichts anderes meinte im Grunde Lassalle, wenn er von den Verfassungen verlangte, daß sie den genauen Ausdruck der in der Gesellschaft bestehenden Machtverhältnisse darstellen.

Auf solchem Wege also ist der Volkswille, wenn er nicht in schattenhaften Nebeln sich verflüchtigen soll, zu suchen. Nicht in der

mittleren Linie der Impulse des Mannes auf der Straße bietet er sich dar, nicht in dem auf irgend eine mechanische Weise ermittelten Willen der Durchschnittlichen; es kommt für ihn auf die Unendlichkeit der ungeordneten und gewichtlosen Einzel-Tendenzen überhaupt nicht an, sondern auf die suggestiven und fruchtbaren Volkskräfte, die die wahren Exponenten des Wollens der einzelnen sind; aus ihnen geht der Volkswille hervor, und sie bestimmen seinen Inhalt. Der Volkswille ist das Produkt der Auseinandersetzung zwischen sozialen Erscheinungen, nicht die Addierung von individuellen Summanden. Der einzelne wird dadurch keineswegs ausgeschaltet; sein Vorstellungskreis bleibt Rohstoff und Urquelle aller demokratischen Politik, und je geschulter ein Volk politisch ist, um so mehr wird der Inhalt der gesellschaftlichen Strömungen auch in das klare Bewußtsein der einzelnen übergehen. Aber allerdings erfahren die Willensinhalte des Individuums Berücksichtigung nur insoweit, als sie in der ganzen geistigen Atmosphäre seines Kreises und Volkes Rückhalt und Widerhall finden, als sie — mit anderen Worten sich als sozial wertvoll erweisen. In diesem Sinne erfüllt die Demokratie durchaus die alte Forderung ihrer Kritiker, daß man die Stimmen wägen und nicht zählen solle; sie wägt sie, indem sie die Meinungen der einzelnen danach wertet, ob sie Gemeinschaftskraft haben, und alle anderen unter den Tisch fallen läßt. An die Stelle der primitiven mechanischen ist so eine höhere organische Auffassung der Demokratie getreten.

Das ganze Problem verwickelt sich außerordentlich, sobald man nicht nur — wie es hier geschehen ist — gewissermaßen den abstrakten Prozeß im luftleeren Raum, sondern zugleich die vielfachen konkreten Momente ins Auge faßt, die auf die Bildung des Volkswillens einwirken, ihn steigern oder ablenken. Es tauchen dann sofort neue Zweifel und Einwände auf, und es ergibt sich vor allem die Frage, ob nicht in der Realität der Dinge der Volkswille allzu leicht entstellt und verfälscht werde, ob nicht die Demokratie im praktischen Ergebnis doch wieder zu versteckten oder offenen Formen von Oligarchie führe. Die Gefahr solcher Entartung ist in der Tat ungeheuer groß, und es ist geradezu die Lebensfrage der Demokratie, daß Gestaltungen für sie gefunden werden, die dieser Gefahr mit größerem Erfolge begegnen, als es bisher gelungen ist.

Massen und Führer.

Demokratie ist die Herrschaft der Mittelmäßigen: ruft höhnend der Gegner von der Rechten; — Demokratie ist nichts als versteckte Oligarchie: lautet das skeptische Echo von ganz links her. Beide Einwürfe, so unvereinbar sie miteinander sind, können im konkreten Fall begründet sein; aus ihrer Gegensätzlichkeit folgt aber schon, daß keiner von ihnen es notwendig zu sein braucht. Das praktische Problem, das angesichts dieser zwei Entartungsmöglichkeiten gelöst werden muß, kann so formuliert werden: Demokratie ist Auslese von Führern (und Verwirklichung des stärksten Kollektivwillens durch solche Führer).

So wenig es die Aufgabe der Demokratie sein kann, sich von dem Chaos der ewig schwankenden, gewichtslosen Einzel-Meinungen beherrschen zu lassen und darüber das, worauf es ankommt, nämlich den Widerstreit der großen Sozialkräfte, zu vernachlässigen, so verfehlt wäre eine Demokratie, in der tatsächlich die Masse der mittelmäßigen Willensschwachen und Physiognomielosen die Führernaturen von klarem Willen und starker Aktivität erdrückte. Keine Volksbewegung hat je ohne feste Führung etwas Positives erreicht, und wie an den großen Tagen, so sind es auch im Alltag der Geschichte immer nur die Führer, durch die das Volk zu geordnetem und nachhaltigem Handeln gelangt. Nur durch sie kann aus dem Volkswillen der Stoff zu großen Leistungen herausgeholt werden, kann die Politik der Demokratie Niveau erhalten, kann die Geschwätzigkeit der demokratischen Kollegien überwunden und eine Verantwortlichkeit entwickelt werden, die nicht nur Form ist, sondern Inhalt hat.

Aus der Anerkennung der Notwendigkeit von verantwortungsvollen Führerschaften ergibt sich die große Arbeitsteilung des demokratischen Parlamentarismus Die Aufgabe des politischen Verwirklichens— wenn man unter diesem Wort Legislative und Exekutive zusammenfaßt — kann nicht Sache des ganzen Volkes, sondern nur seiner Beauftragten sein; das Volk selbst beschränkt sich darauf, Partei zu nehmen, durch die

Art dieser Parteinahme die allgemeine Richtung der Politik zu bestimmen und sich selbst ein direktes Eingreifen in den Gang der Politik, zum Beispiel durch das Referendum, insoweit vorzubehalten, als es notwendig ist, um die Innehaltung der allgemeinen Richtlinien zu überwachen und zu sichern. Dem demokratischen Gleichheitsgedanken widerspricht diese Auffassung lediglich dann, wenn man ihn völlig äußerlich nimmt. Daß die Menschen nicht gleich, sondern in höchstem Maße ungleich sind, ist eine unbestrittene Tatsache, der gegenüber das politische Postulat der Gleichheit nur zweierlei meinen kann: Einmal die Anerkennung der tief menschlichen Idee, daß — in der Sprache des Christentums — vor Gott alle Menschen gleich sind, daß mit anderen Worten von Hause aus alle Menschen so lange als gleichwertig gelten sollen, bis der einzelne Mensch selbst in seiner Person, sei es im Guten oder im Bösen, Ungleichwertigkeiten schafft. Sodann aber die Folgerung aus dieser These, daß die Bedingungen, unter denen die Einzelnen ins Leben treten, nach Möglichkeit ausgeglichen, daß die Ausgangspunkte so gleichmäßig wie irgend möglich gestaltet werden müssen, damit auf dieser Basis alle Kräfte Betätigungsraum gewinnen und die natürlichen Schwergewichte zur Geltung kommen können. Damit aber gelangt man wiederum zu nichts anderem als dem demokratischen Prinzip der Auslese.

Daß die von der Demokratie betriebene Gleichheit der Kampfbedingungen tatsächlich in weit höherem Maße als andere politische Systeme den Erfolg der politischen Laufbahn in die persönlichen Eigenschaften des Einzelnen stellt, in seine Suggestivkraft und in seine Fähigkeit, die Notwendigkeiten der nächsten Zukunft zu spüren, das macht ein Blick auf die Entwicklung der jüngsten Vergangenheit sehr deutlich. Wenn die letzten Jahrzehnte in den Ländern der Entente so wenig wie bei uns Staatsmänner allerersten Ranges hervorgebracht haben, so verfügte in dieser Zeit doch die Entente sehr im Gegensatz zu Deutschland allenthalben über eine Fülle politischer Talente, die in der Riesenprobe des Weltkriegs sich schließlich der deutschen Organisation und Disziplin als überlegen erwiesen haben. An dieser Tatsache und der Schlußfolgerung, zu der sie hindrängt, ändert auch die vielfach beliebte Klage nichts, daß die von dem modernen politischen Massenbetrieb verursachte Verrohung der Sitten feinere Naturen zurückstoße und manchen tüchtigen Mann verhindere,

an den Platz zu gelangen, auf den ihn seine Fähigkeiten weisen würden. Es wird dabei übersehen, daß das politische Geschäft unter allen Umständen und unter jeder Staatsform sehr robuste Persönlichkeiten verlangt und daß, im ganzen gesehen, die Männer, die die für die Politik unbedingt erforderliche Aktivität und Leidenschaft mitbringen, sich auch durch die widerwärtigen Begleiterscheinungen, die der Kampf um die Seele der Massen mit sich bringt, nicht werden abschrecken lassen. Diese Begleiterscheinungen gehören zu dem Preise, den jede Demokratie verlangt, und es kommt nur darauf an, daß sie ihn im praktischen Einzelfall wert ist.

Erst wenn man so die unbedingte Notwendigkeit und den hohen Wert der Führung auch für die Demokratie, und ganz besonders für sie, erkannt hat, gewinnt man die richtige Einstellung für die Beurteilung der Gefahren, die der Demokratie aus der Ueberspannung der Führung zu Oligarchie erwachsen, bleibt man auch vor dem typischen Irrtum politischer Dilettanten bewahrt, Erscheinungen als oligarchisch zu deuten, die in Wahrheit nichts als Beispiele berechtigter Führerschaft sind. Die Abwehr wirklicher Entartungserscheinungen braucht deshalb nicht weniger entschieden zu sein; sie erhält gerade durch die richtige Abgrenzung der zu bekämpfenden Dinge erhöhte Wirkungsmöglichkeit. Auch der demokratische Führer soll, wie jeder andere, führen, aber er soll dabei immer Organ des Volkes bleiben, dessen Vertrauen ihn zum Führer gemacht hat; für die praktische Bewährung der Demokratie kommt deshalb alles darauf an, daß sich der Kontakt zwischen Führer und Masse, die ewige Wechselwirkung zwischen Führerwillen und Masseninstinkt lebendig erhält. Hier wird von entscheidender Wichtigkeit die Entwicklung der Parteien. Sie, in deren Rahmen sich die Auslese der aktiven aus den passiven Naturen und die Heranbildung von Führern vollzieht, müssen vor allem selbst taugliche Instrumente des Volkswillens bleiben. Zwischen übertriebener Stabilität und Labilität müssen sie gewissermaßen den passenden Aggregatzustand finden. Die Parteiorganisation bedarf der Festigkeit, wenn anders die Politik mehr als der Spielball jeder populären Augenblicksstimmung sein, wenn sie die Stetigkeit gewinnen soll, ohne die eine planmäßige Arbeit auf lange Sicht überhaupt unmöglich ist. Auf der anderen Seite aber braucht die Partei auch ein starkes Maß von Elastizität, um nicht die Fühlung mit den neu auftauchenden zu-

kunstfähigen Volksströmungen zu verlieren und so allmählich zur Parteimaschine und damit Selbstzweck zu werden. Extreme Entwicklungen, ganz gleich, ob in der Richtung allzu großer Starrheit oder Flüssigkeit, ebnen der Ausbildung oligarchischer Zustände den Weg: Mit der Entwicklung der Parteiorganisation zur Parteimaschine geht parallel die des Parteiführers zum Parteiboß, der nicht mehr Werkzeug des Volkes, sondern einfach Handlanger der Clique ist, dessen Herrschaft den Willen zu persönlicher Machtausübung an die Stelle sachlicher Ziele setzt. Ganz lockere Parteiorganisation, wie sie etwa Frankreich aufweist und wie sie in besonderem Maße der ersten Zeit nach großen Umwälzungen eigen zu sein pflegt, führt letzten Endes zum gleichen Effekt; der einzelnen Energie wird es hier verhältnismäßig leicht, über die zersplitterten Massen zu herrschen.

Unter den Ursachen, die von außen her die Tendenz zur oligarchischen Entwicklung in die Demokratie hineintragen, steht an allererster Stelle der Kapitalismus. Um diese Wirkung auszuüben, braucht der Kapitalismus keineswegs die Methoden der offenen Korruption anzuwenden, die in der Bestechung der Wähler oder etwa darin liegen, daß — nach ungarischem Muster — den oppositionellen Bauern die Kündigung von Hypotheken angedroht wird, sondern es genügen durchaus die stilleren Mittel der Beeinflussung, vor allem durch die Finanzierung kapitalistischer Parteien und Zeitungen. Es ist klar, daß sich gegen dieses Uebergreifen der Macht des Kapitals auf das Gebiet der Politik die ganz besondere Erbitterung des Volkes richtet, sobald ihm nur einmal die Zusammenhänge, um die es sich hier handelt, zum Bewußtsein gebracht worden sind; indessen sind die proletarischen Massen nicht machtlos dagegen. Ein sehr mächtiges Gegengewicht gegen die Beherrschung der Politik durch das Kapital bietet ihnen die Möglichkeit der Assoziation, die schließlich jedem Kapitalismus gewachsen ist. Die Entwicklung der sozialdemokratischen Partei und ihrer Presse, die vor dem Kriege besser finanziert waren als irgend welche konkurrierenden Unternehmungen, ist ein glänzendes Beispiel dafür, wie in der Sphäre der Politik die Solidarität der proletarischen Schichten mit Erfolg dem Schwergewicht der kapitalistischen Machtmittel entgegengestellt werden kann. Es bedarf dazu freilich einer unumgänglichen Voraussetzung, nämlich der Existenz eines geistigen Niveaus der Massen, das sie zu solcher Assoziation überhaupt erst fähig macht.

Und das führt zu der zweiten Kardinalursache oligarchischer Entartung der Demokratie, die im Gegensatz zum Kapitalismus nicht von außen her auf die Demokratie einwirkt, sondern von innen herauswächst. Ein Land mag die tadellosesten demokratischen Formen haben, praktisch hängt der Inhalt, der ihnen gegeben wird, doch unter allen Umständen davon ab, was das Volk aus ihnen macht. Es gibt einen Grad politischer Unentwickeltheit, der jede demokratische Staatsform zur lächerlichen Farce werden läßt, aber auch bei fortgeschrittenen Völkern bleibt die politische Schulung der Staatsbürger hinter der Aufgabe, die ihnen die Demokratie stellt, oft zurück, liefert Indifferenz und Kritiklosigkeit der Masse immer wieder eine Basis für das Gedeihen der Clique.

Hier liegt das schwerste Hindernis für die Herstellung einer Harmonie zwischen der Realität und der Idee der Demokratie; seine Beseitigung muß das wesentliche Ziel aller demokratischen Arbeit sein. Stetig und planvoll muß die Demokratie dahin streben, den Abstand zwischen Geführten und Führern, zwischen dem gestaltlosen Wollen der Masse und seiner Konkretisierung durch die Organe des Volkes zu verringern, die Zahl der an der Demokratie wirklich teilnehmenden Volksgenossen aber, die kein „Stimmvieh", keine bloßen Hintersassen der Demokratie mehr sind, so viel wie irgend möglich zu vermehren. Der Gedanke der Führung wird deshalb seine Geltung nicht verlieren; aber die Arbeitsteilung zwischen Führern und Masse wird sich zu immer engerer Zusammenarbeit entwickeln, die Ausübung der hinter allem Parlamentarismus stehenden Volkssouveränität wird immer unmittelbarer werden können. Je näher der Gang der Dinge schon in der Gegenwart zu solchen Zielen führen wird, um so sicherer werden die Völker der narkotischen Wirkung des Bolschewismus widerstehen können, der die Demokratie zur höchsten Steigerung treiben will, aber dabei von ihrem Bau abstürzt wie der Baumeister Solneß von seinem Turm.

Das bolschewistische Gemeinwesen.

Auch der demokratischste Staat ist immer noch „Staat"; zwischen dem Volk und dem Individuum steht immer noch die Staatsgewalt, jene Zwangsmaschine, die das stärkste unter Menschen bestehende Machtgebilde darstellt. „Staat heißt das kälteste aller kalten Ungeheuer!" ruft Nietzsches Zarathustra aus. Die Theorie des Bolschewismus negiert diesen Staat und mit ihm jede Staatsgewalt vollkommen und bis zur letzten Konsequenz.

Wenn andere politische Richtungen daran arbeiten, auf dem Boden der Staatsidee die Demokratie zu verwirklichen und die Gefahr einer Fälschung der Demokratie vor allem durch kapitalistische Einflüsse, der Entartung formaler Demokratie zu realer Oligarchie zu bannen, so hat der Bolschewismus für solches Bemühen nichts als Verachtung. Ihm erscheint jede Verteidigung der Demokratie gegen den Kapitalismus als völlig aussichtslos, die nicht davon ausgeht, daß das wichtigste Werkzeug des Kapitalismus bei seinem Streben nach der politischen Macht in nichts anderem als im Staate selbst und in der Staatsgewalt zu sehen sei. Erst in der Verfügung über den Staat, so argumentiert der Bolschewismus, erhält die Herrschaft des Kapitalismus ihre letzte Fundierung; denn der Staat ist nicht nur in seiner gegenwärtigen Gestalt, sondern seinem Wesen nach und unter allen Umständen ein Organ der Klassenherrschaft; die Klasse aber, in deren Hand er bisher allenthalben gelegen hat, ist die kapitalistische Bourgeoisie. Er erhält diese Eigenschaft als Klassenorgan durch die Institution der Staatsgewalt, deren Charakteristikum nach der bolschewistischen Theorie darin liegt, daß sie auch in der Demokratie nicht unmittelbar mit dem politisch organisierten Volk zusammenfällt, sondern diesem gegenüber verselbständigt ist. Konkret gesprochen liegt zum Beispiel die militärische Macht des Staates nicht einfach in dem bewaffneten Volke selbst, sondern in dem Vorhandensein eines selbständig organisierten Heeres, das unter den Befehl des Staates und der Staatsorgane gestellt ist und damit diesen Organen eine von der des Volkes getrennte Macht gibt. Eben hierdurch gewinnt die im Staate herrschende Klasse die Möglichkeit, das übrige Volk zu unterdrücken. Staatsgewalt und

Klassenstaat sind demnach unzertrennliche Begriffe; das Ziel des Bolschewismus aber geht dahin, die beiden Haupterscheinungsformen der Staatsgewalt — womit neben dem Heer die Bureaukratie gemeint ist — und damit die Staatsgewalt selbst zu überwinden und hierdurch wiederum den ganzen Staat aufzulösen.

Die Auflösung des Staates und seine Ersetzung durch ein kommunistisches Gemeinwesen soll sich in zwei großen Etappen vollziehen. Nach der Terminologie Lenins ist die erste Etappe die des Sozialismus, während die zweite den vollen Kommunismus verwirklichen soll. Der Unterschied zwischen beiden Abschnitten liegt zunächst auf dem Gebiet der allgemeinen Wirtschaftsordnung, in der Art der Realisierung des Gleichheitsideals auf dem Boden dieser Ordnung. In der ersten Phase ist das Gleichheitsideal noch unvollkommen; das Prinzip ist das des Sozialismus: gleiche Arbeit der einzelnen und gleicher Anteil an den Verbrauchsmitteln unter Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Damit ist die Ungerechtigkeit, die darin liegt, daß die Produktionsmittel von einer kleinen Minderheit annektiert waren, beseitigt; aber die Gleichheit, die hier hergestellt wird, ist, so legt Lenin in seiner programmatischen Schrift „Staat und Revolution" dar, nur scheinbar. Sie läßt die Ungleichheit der Individuen außer Acht und führt dadurch selbst wieder zur Ungerechtigkeit; um wirklich gerecht zu sein, muß deshalb das Recht ungleich sein. Diese volle Gerechtigkeit, die zugleich die wahre Gleichheit bedeutet, wird erst in der zweiten Phase des Kommunismus erreicht, deren leitender Gedanke in die Formel gefaßt wird: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder nach seinen Bedürfnissen. Dies letzte Prinzip, das nicht mehr die Arbeitsleistung, sondern einfach das Bedürfnis zum Maßstab der Güterverteilung macht, setzt Menschen von höchster Idealität voraus; Lenin erwartet sie von der in der ersten Etappe vorgenommenen Beseitigung der menschlichen Ausbeutung. „Die von der kapitalistischen Sklaverei, den ungezählten Schrecken, Tollheiten, Unsinnigkeiten, Gemeinheiten der kapitalistischen Ausbeutung befreiten Menschen werden sich," so meint er, „allmählich gewöhnen, die elementarsten Regeln für das gesellschaftliche Zusammenleben innezuhalten, sie ohne Gewalt, ohne Unterordnung, ohne einen besonderen Zwangs-

apparat, Staat genannt, zu beachten." Der Staat, der in der ersten Phase noch nötig war, wird jetzt völlig entbehrlich. Er stirbt ab, bis nichts mehr von ihm übrig ist. An seine Stelle tritt ein absolut freies Gemeinwesen, in welchem alle abwechselnd die gemeinsamen Angelegenheiten der Menschen erledigen und jede Leitung fortfällt. „Als unser Ziel erscheint," so schreibt Lenin, „die unentgeltliche Erfüllung der allgemeinen Angelegenheiten durch jeden einzelnen Arbeitenden nach Ableistung der achtstündigen Produktionsarbeit." Vereinzelte böswillige Elemente werden immer vorhanden sein, und gegen ihre Ausschreitungen muß vorgegangen werden; aber dazu bedarf es dann keiner Staatsgewalt, sondern das Volk wird dies so einfach und leicht bewerkstelligen, wie dies ein beliebiger Hause zivilisierter Menschen selbst in der heutigen Gesellschaft gegenüber Leuten besorgt, die sich herumschlagen oder eine Frau überfallen wollten."

Das Endziel des Bolschewismus ist danach vollkommen anarchistisch, sein Ideal die Aufhebung aller Gewalt, die dadurch im Kern getroffen werden soll, daß ihre fürchterlichste Inkarnation, die Staatsgewalt, vernichtet wird. Im Ausgangspunkt stimmt hierbei der Bolschewismus mit der Demokratie überein. Beide wollen die Staatsgewalt als Mittel der Unterdrückung der vielen durch wenige beseitigen, aber während der Bolschewismus die Staatsgewalt mit Stumpf und Stiel ausrotten will — „écrasez l'infâme!" —, will die Demokratie sie lediglich umgestalten, d. h. in den Dienst der Mehrheit stellen. Sie hält dem Bolschewismus entgegen, daß es ein unbewiesenes und unbeweisbares Axiom sei, in jeder Staatsgewalt mit Naturnotwendigkeit ein Organ der Klassenherrschaft zu sehen, und sie ist der Auffassung, daß Staat und Staatsgewalt unentbehrliche Institutionen im Dienste der Menschen sind. Wer auch nur eine ferne Ahnung vom Menschen hat, muß dieser Auffassung beipflichten. Die Völker mögen die Demokratisierung der Staatsgewalt bis ins letzte Extrem treiben, so muß doch auch dann und gerade dann dafür gesorgt sein, daß nicht in jedem einzelnen Fall über die Frage, welches denn nun der wahre Volkswille sei, der Bürgerkrieg ausbrechen kann; zur rechtskräftigen Entscheidung dieser Frage muß es ein festes Verfahren und feste Organe geben und feste Machtmittel, die die Rechtsgeltung sichern. In der Wirrnis der

ersten Revolutionsmonate hat Deutschland es praktisch erfahren, was es bedeutet, wenn jeder neue Radikalismus sich als die Verkörperung des Volkswillens gebärden und der Autorität des Staates die Ueberzeugungskraft eigener Maschinengewehre entgegenstellen kann. — Aber der Bolschewismus will nicht nur jede Gewalt, sondern auch jede Führung aus der Erledigung der öffentlichen Angelegenheiten ausschalten, und damit vollends stellt er ein absolut banausisches Ideal auf. Ihm ist jede Führung gleichbedeutend mit Oligarchie, mit der Knechtung der großen Mehrheit durch kleine Kliquen, und aus dieser fundamentalen Verwechslung geht die ganze Schiefheit seiner Betrachtungsweise hervor. Er weiß nichts von einer Führung, die auf dem Gewicht innerer Autorität und auf der willigen Zustimmung der Geführten beruht, nichts davon, daß solche Führung zu größten Leistungen befähigt. Wie stolz ist doch Lenin darauf, daß sein Kommunismus im Gegensatz zum bloßen Sozialismus die natürliche Ungleichheit der Menschen berücksichtige — in dem stumpfsinnigen Haß gegen jede Führung aber macht er sich selbst der naturwidrigsten Gleichmacherei schuldig, die überhaupt denkbar ist.

Zu alledem dann die Frage der Durchführbarkeit. Es ist natürlich jedem unbenommen, an ein schattenhaftes Zukunftsreich zu glauben, in welchem alle bisherigen Voraussetzungen des menschlichen Zusammenlebens umgestülpt sind; für die praktische Politik aber, und zwar auch für eine Politik, die auf recht lange Sicht arbeitet, kann solcher Glaube keine Rolle spielen. Einstweilen, bis den Lauf der Welt Philosophie zusammenhält, sind die bolschewistischen Endziel-Theorien reine Gedankenspielereien ohne Wirklichkeitswert, und inzwischen gilt — so will es der Bolschewismus selbst — die Praxis des vorbereitenden Stadiums: bevor nämlich die Menschheit in den Himmel des Kommunismus gelangt, muß sie durch das Fegefeuer der Diktatur des Proletariats hindurch, in welchem die Staatsgewalt, weit entfernt, vernichtet zu werden, erst einmal ihre radikalste Steigerung erfährt. Der Staat bleibt in diesem Stadium das, was er nach Lenin war und immer sein wird, nämlich Organ der Klassenherrschaft; nur ist die herrschende Klasse jetzt nicht mehr die Bourgeoisie, sondern das Proletariat, und dieses muß — hierin sieht Lenin den entscheidenden Unterschied des Bolschewismus vom Anarchismus

— sich der Staatsmaschine vorübergehend selbst bedienen, um sie dann zerschlagen zu können. Die spätere Zerschlagung wird dadurch angebahnt, daß es ja jetzt die Mehrheit der Volksangehörigen ist, die den Staat in der Hand hat, daß also alle die Veranstaltungen überflüssig zu werden scheinen, die vorher notwendig waren, um der bourgeoisen Minderheit die Herrschaft über die große Masse der Besitzlosen zu ermöglichen; zunächst aber „bedarf das Proletariat der Staatsgewalt, einer Organisation des Zwanges, sowohl zur Unterdrückung des Widerstandes der Ausbeuter als auch zur Leitung der Bevölkerung beim Ordnen der sozialistischen Wirtschaft".

Die Diktatur des Proletariats soll zwei wichtigsten Aufgaben dienen: der Ersetzung des Heeres durch das bewaffnete Volk — der Kampf um die Waffe ist ein bei allen Revolutionen wiederkehrender typischer Vorgang — und ferner der Ablösung der Bureaukratie durch das Sowjetsystem. Im Sowjet soll Legislative und Exekutive vereinigt und die Bureaukratie zum einfachen Hilfsorgan der Volksvertretung degradiert werden. Alles öffentliche Leben aber wird unter den Zwang strengster Disziplin gestellt. Die früher vom Proletariat verlachten Ermahnungen zum Fleiß, zur Gewissenhaftigkeit und zur Unterordnung werden nach dem Sturz der Bourgeoisie — Lenin selbst hat es so formuliert — zur „nächstliegenden und Hauptlosung des Momentes". Dementsprechend führt der Bolschewismus die Arbeitspflicht, den Akkordlohn und das Taylorsystem ein, vertritt er die Forderung der „bedingungslosen und strengsten Einheit des Willens" im Arbeitsbetriebe, des „widerspruchslosen Gehorsams" des Arbeiters, wendet er sich mit erbarmungsloser Schärfe gegen Korruption und Demoralisation, Verbrechen und Verrat, gegen die Verlierung und Verwilderung, die jeden langen Krieg begleiten, gegen alle die Entartungserscheinungen, die „der schmutzige Preis sind, ohne die keine einzige tiefe und mächtige Volksbewegung in der Geschichte ausgekommen ist". Praktisch hat die Anwendung dieser Grundsätze in Rußland sehr schnell zum wildesten Terror der herrschenden Minderheit geführt, und sie mußte dazu führen; denn ein so künstliches und rigoroses Staatssystem wie das bolschewistische kann sich nicht ohne brutalste Gewaltanwendung an der Herrschaft halten.

So führt gerade der Bolschewismus praktisch in höchster Steigerung zu dem zurück, was seine Theorie mit so leiden-

schaftlicher Schärfe verwirft, zur Gewalt und zur Oligarchie. Es handelt sich hier nicht um die selbstverständlichen Uebergangserscheinungen, die jeder großen Umwälzung anhaften. Jede revolutionäre Bewegung bringt zunächst bis zur vollen Konsolidierung der neuen Verhältnisse Gewaltsamkeiten und Freiheitsbeschränkungen mit sich, die zu der Idee der Bewegung und ihren eigentlichen Zielen durchaus im Widerspruch stehen; das folgt ganz einfach aus der Erschütterung aller moralischen Staatsautorität, die eine um so strengere äußere Sicherung der neuen Gewalten notwendig macht, und es ist deshalb einigermaßen naiv, wenn die reaktionären Parteien solche Erscheinungen benutzen, um sich über den freiheitsfeindlichen Charakter der Revolution zu entrüsten. Bei der bolschewistischen Diktatur des Proletariats aber liegt die Sache anders. Ganz abgesehen davon, daß hier das Maß dessen, was man einer revolutionären Gewalt konzedieren kann, weit überschritten wurde, läßt die proletarische Diktatur das, was kurzer Uebergang sein sollte, tatsächlich zum Normalzustand für Generationen werden. Lenin selbst betont, daß es sich bei der Realisierung des kommunistischen Endstadiums um einen Prozeß von langer Dauer handele, dessen Tempo man nicht vorhersagen könne; für die Gegenwart und für alle absehbare Zukunft führt unterdessen die Diktatur des Proletariats einen Zustand herbei, der dem bolschewistischen Ideal nicht nur nicht näher führt, sondern weiter als selbst die viel verhöhnte bourgeoise Demokratie von ihm entfernt und in sein gerades Gegenteil umschlägt. An diesem Widerspruch zwischen Theorie und Praxis, der nicht zufällig, sondern notwendig ist, muß die staatspolitische Idee des Bolschewismus zu Grunde gehen.

An der Arbeit um die Lösung der praktischen Probleme der Demokratie beteiligt sich der Bolschewismus eigentlich nur mit einem einzigen Beitrag: das Sowjetsystem erhebt den Anspruch, den entscheidenden Schritt zur Umwandlung formaler in reale Demokratie zu tun. Von der allgemeinen Idee des Bolschewismus führt die Gestaltung des Sowjets zu konkreten Fragen; bei der notwendigen Auseinandersetzung mit den Anregungen, die der Bolschewismus hier gibt, wird sich allerdings ergeben, daß der Sowjetgedanke weder so original noch so allheilbringend ist, wie er auftritt.

Parlament und Sowjet.

Im Sowjet beansprucht der Gegenwartsbolschewismus seine charakteristische organisatorische Leistung vollbracht zu haben. Der Sowjet ist in seiner Vorstellung das Parlament der Zukunft; er soll den alten Parlamentarismus, den der Bolschewismus verachtet, ablösen, die Bureaukratie, die er haßt, unschädlich machen und damit allmählich den Klassenstaat und den Staat überhaupt innerlich überwinden.

Ein originales Produkt der bolschewistischen Revolution ist der Sowjet nicht. Er wurde aus den beiden früheren russischen Revolutionen übernommen, und schon die Pariser Kommune hatte Organisationen ins Leben gerufen, denen das wesentlichste Merkmal des Sowjets eigen war, nämlich die Vereinigung von Legislative und Exekutive in einer Hand. Indessen hatte die Kommune diese Organisationen nach dem allgemeinen Wahlrecht bilden lassen, und die ersten russischen Revolutionen hatten die vorherrschende Stellung des aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Parlaments nicht verneint. Erst der Bolschewismus stellte — nach dem ungünstigen Ausfall der Dumawahl — die Räte durch die Beschränkung des Wahlrechts auf das Proletariat und die Ablehnung des Parlamentarismus in ausgesprochenen Gegensatz zur Demokratie; erst er machte den Gedanken der Verbindung von legislativer und exekutiver Gewalt zum Angelpunkt seines ganzen praktisch-politischen Systems. Dieser organisatorische Gedanke wäre an sich auch innerhalb der Demokratie verwirklichungsfähig; es fragt sich, ob er der Demokratie verwertbare Anregungen bietet.

In dem herkömmlichen Dualismus von gesetzgebender und ausführender Macht, der den gesamten politischen Betrieb zersplittert und das Parlament kraftlos macht, sieht der Bolschewismus den Kardinalfehler der bisherigen demokratischen Organisation. Nur die Vereinigung der bisher getrennten Gewalten und ihre einheitliche Uebertragung auf den Sowjet vermag nach seiner Auffassung wahre Demokratie mit lebendiger Verantwortlichkeit zu schaffen. „Der käufliche und versumpfte Parlamentarismus der bürgerlichen Gesellschaft", so formuliert

Lenin in „Staat und Revolution“ seine Forderung, „wird durch Körperschaften ersetzt, in denen die Freiheit des Urteils und der Prüfung nicht zum Betruge ausartet: denn die Parlamentarier müssen selbst arbeiten, selbst ihre Gesetze ausführen, selbst prüfen, was sie verwirklichen, selbst vor ihren Wählern die unmittelbare Verantwortung tragen.“ Der Sowjet soll aber nicht nur den Parlamentarismus lebensfähig machen; er soll zugleich umgekehrt die Bureaukratie im Kern ihrer bisherigen Machtstellung treffen. Solange der Bolschewismus noch nicht an der Herrschaft war und noch nicht die Erfahrungen des Machthabers gesammelt hatte, stellte sich Lenin die konkrete Durchführung dieser Aufgabe verblüffend einfach vor. Die sachliche Voraussetzung für die Aushöhlung der Bureaukratie sollte die „Vereinfachung der Staatsgeschäfte“ liefern. Auf der Basis der kapitalistischen Errungenschaften, so meint Lenin, „ist die Mehrzahl der Funktionen des alten Staates sehr vereinfacht worden, kann sie auf so einfache Operationen wie Registrierung, Vermerk, Kontrolle zurückgeführt werden, sodaß alle Leute, die des Lesens und Schreibens kundig sind, diese Funktionen auszuüben imstande sein werden.“ Der Hinweis auf die einfachen Operationen von Kontrolle und Rechnungslegung, auf die die gesamten Staatsgeschäfte zu reduzieren seien und deren Erledigung jeder frühere Volksschüler werde besorgen können, tritt bei Lenin mit seltsamer Hartnäckigkeit immer wieder auf. Zu dieser Vereinfachung der Staatsgeschäfte gesellt sich dann die Degradierung der Beamten zu bloßen Vollstreckern der Aufträge des Sowjets sowie als drittes die Schaffung der psychologischen Voraussetzung zur Ueberwindung des bureaukratischen Geistes. Durch zweierlei soll der bureaukratische Geist erstickt werden: einmal dadurch, daß niemand im Staat eine höhere Bezahlung als den Arbeitslohn erhält, und sodann durch die jederzeitige Absetzbarkeit der Räte und Beamten, das, was man in Amerika den recall nennt. Als die Bolschewisten zur Regierung gelangten, sahen sie sehr bald ein, daß die Staatsgeschäfte doch nicht so leicht und so radikal zu vereinfachen seien, wie sie geglaubt hatten, und daß ohne die Zuziehung hochbezahlter Hilfskräfte die Staatsmaschine überhaupt nicht wieder in Gang gebracht werden könne: die Volkskommissare zögerten nicht, hieraus die Konsequenz zu ziehen. Umso entschiedener aber hielten sie in ihren Schriften am Recall fest. Und zwar gaben sie ihm einen ganz anderen Sinn als den,

den er in Amerika gehabt hatte. Während er in Amerika einfach die Bedeutung einer demokratischen Garantie haben soll, ist seine Tendenz im Bolschewismus durchaus revolutionär. Hier hat er die Aufgabe, die in revolutionären Zeiten eintretende fortgesetzte Radikalisierung der Massen ungesäumt in der Zusammensetzung der Sowjets zum Ausdruck zu bringen; darüber hinaus aber soll er selbst Mittel zu solcher Radikalisierung werden: die extremsten Elemente sollen mit Hilfe des Recalls die Sowjets nicht zur Ruhe kommen lassen, sie immer von neuem aufpeitschen, die gemäßigteren Elemente systematisch einschüchtern, kurz: die Revolution in Permanenz erhalten.

Bei der Beurteilung dieser Gedankenreihe kann man den bolschewistischen Theoretikern ohne weiteres zugestehen, daß das Prinzip der Trennung der Gewalten in der alten Form starke Vorbehalte verträgt. Man kann darauf hinweisen, daß in der Tat die Grenzen zwischen Gesetzgebung und Verwaltung flüssig sind, und daß die Idee der Trennung sich in ihrer ursprünglichen Strenge nirgendwo, auch nicht in Amerika, als voll durchführbar erwiesen hat. Aber wenn man dies anerkennt, so ist damit noch keineswegs die ganze Idee abgetan; man muß sich im Gegenteil klar darüber sein, daß in der Trennung von Gesetzgebung und Exekutive dennoch ein guter und vielleicht unverwüstlicher Sinn steckt. Gute Regierung kann nur von einem kleinen Kreise homogener Personen geleistet werden. Nur er kann, gestützt auf eine möglichst hoch entwickelte Bureaukratie, eine technisch hervorragende Verwaltung ins Leben rufen, nur er ein wirkliches Verantwortlichkeitsgefühl wecken. Verantwortlichkeit kann nämlich nur da vorhanden sein, wo für eine bestimmte Regierungshandlung ein bestimmter Mensch, allenfalls ein ganz kleines Kollegium, in dem der Einzelne nicht verschwindet, einzustehen hat; indem Lenin sie der parlamentarischen Körperschaft selbst überträgt und damit anonym werden läßt, macht er in Wirklichkeit das Aufkommen eines starken Verantwortlichkeitsgefühls unmöglich. Als *regierende Instanz* ist also das Parlament völlig *untauglich*, seine natürliche Funktion liegt in der allgemeinen Direktive und Kontrolle, darin, daß ihm die Entscheidung über die allgemeinen persönlichen Regelungen (Abhängigkeit der Kabinette vom Vertrauen des Parlaments) und über die allgemeinen sachlichen Normen (Gesetzgebungsgewalt) zusteht.

Allerdings erfüllt das parlamentarisch-dualistische System seine Aufgabe vielfach höchst unzulänglich. Es ist richtig, daß gerade in parlamentarisch konsolidierten Staaten die Regierung leicht ein zu starkes Uebergewicht über das Parlament erlangt, und daß sich dann das entwickelt, was man mit Bezug auf England den Absolutismus des Kabinetts genannt hat. Diese Erscheinungen sind es vor allem, die die bolschewistische Kritik im Auge hat; mit dem Heilmittel, das sie dagegen empfiehlt, ist sie indes auf ganz falschem Wege. Denn man kann ein kraftlos gewordenes Parlament nicht dadurch stärken, daß man ihm eine Aufgabe — nämlich die des Regierens — überträgt, der es nicht gewachsen ist. Durch rein organisatorische Maßnahmen wird man gerade diesen Entwicklungen gegenüber überhaupt wenig ausrichten können; im übrigen aber ist dies garnicht einmal die schlimmste Gefahr, die dem Parlamentarismus droht. Die liegt vielmehr genau in der entgegengesetzten Richtung, nämlich in der Lahmlegung der Exekutive durch das Parlament, wie man sie etwa in der inneren Politik Frankreichs, aber auch anderwärts häufig beobachtet. Wie oft ist nicht darüber geklagt und der eigentlich fundamentale Einwand gegen den Parlamentarismus daraus abgeleitet worden, daß das ständige Dreinreden der Parteien der Regierung und Verwaltung jede planmäßige, stetige und einheitliche Arbeit unmöglich mache, jede frische Initiative ersticke; nicht nur, daß die Parlamente selbst Schwatzbuden seien, moniert diese Kritik, sondern daß die Schwatzhaftigkeit des Parlaments sogar auf die Exekutive übergreife, daß das gesamte Regierungs- und Verwaltungsgeschäft durch sie korrumpiert und gelähmt werde. Hiergegen aber versagen die bolschewistischen Rezepte vollends; sie wollen alle Macht auf die parlamentarische Instanz konzentrieren, während man doch umgekehrt die Regierungsinstanz stärken müßte, wenn man die Aktionsfähigkeit der Exekutive erhöhen wollte.

Die richtige Problemstellung (wenn auch keineswegs eine zweifelsfreie Lösung) zeigt das in einigen amerikanischen Städten eingeführte sogenannte Galveston-System, das innerhalb der Gemeinden den parlamentarischen Faktor radikal ausschaltet und die gesamte Gewalt der Exekutive und Legislative einem Stadtausschuß von fünf Personen überträgt; Referendum und Recall sollen demgegenüber die notwendigen demokratischen Garantien geben. Man hat mit

dieser Einrichtung, wie es heißt, die besten Erfahrungen gemacht; vor allem auch hat die größere Selbständigkeit, die sie den Leitern der Kommune verleiht, die Gewinnung besonders hervorragender Männer für den Stadtausschuß sehr erleichtert. Es wird notwendig sein, zu überlegen, inwieweit die Ideen des Galveston-Systems auf deutsche Verhältnisse anwendbar und inwiefern sie etwa aus dem engen Rahmen der Gemeinde auf das weite Gebiet der Staatstätigkeit übertragbar sind; dabei wird aber immer im Auge zu behalten sein, daß für ein Land mit so wenig entwickelter demokratischer Tradition wie Deutschland die Verleihung derart weitgehender Vollmachten an ein kleines, von keinem Parlament kontrolliertes Kollegium noch sehr viel gefährlicher ist als für die Vereinigten Staaten. Auch der Recall wird im Zusammenhang des Galveston-Systems wenigstens diskutabel; der bolschewistische Recall dagegen hebt, indem er das Mittel zu fortgesetzter Vulkanisierung des politischen Betriebes, zur dauernden Normalisierung des revolutionären Zustandes sein will, die unbedingt notwendige Stetigkeit der politischen Arbeit und damit jede fruchtbare Arbeitsmöglichkeit überhaupt auf.

Aber der Bolschewismus scheitert mit seiner organisatorischen Idee, dem Sowjet, nicht nur deshalb, weil er das Problem schief sieht, sondern weil er überhaupt von der formalen Organisation zu viel erwartet. Er verfällt in diesen Fehler, obwohl gerade er die „formale" Demokratie so tapfer zu schmälen versteht, obwohl gerade er — und an sich mit vollem Recht — davon ausgeht, daß die formale Scheindemokratie überwunden, daß zu diesem Behuf die politische durch die wirtschaftliche Befreiung des Menschen ergänzt werden muß, daß eine wirkliche Demokratie nur dann möglich ist, wenn zugleich der Kapitalismus entgiftet, wenn mit einem Wort die soziale Demokratie Tatsache wird. Die Verwirklichung der sozialen Demokratie aber ist an bestimmte Voraussetzungen in der geistigen Beschaffenheit und der Wirtschaftsstufe des Volkes gebunden, und diese Voraussetzungen kann man nicht, wie der Bolschewismus es will, durch bloße Organisation ersetzen. Versucht man es doch, so kann die Folge nur sein, daß die Organisationen praktisch etwas ganz anderes werden, als die Theorie sich vorgestellt hat. Tatsächlich hat sich die bolschewistische Theorie in der Praxis des Sowjets genau so wie auf

anderen Gebieten in ihr volles Gegenteil verkehrt: an die Stelle des die Exekutive beherrschenden Sowjets ist die den Sowjet beherrschende Diktatur der Volkskommissare, an die Stelle des radikalsten Massenregiments die engste Oligarchie getreten. Nur so erklärt es sich, daß das bolschewistische Regime eine Regierungsmaschine aufweist, die, so vieles man ihr sonst vorwerfen mag, an Aktionsfähigkeit nichts zu wünschen übrig läßt.

Alle diese Einwände werden empfängliche Geister nicht hindern, sich durch den Bolschewismus faszinieren zu lassen. In seinem Welterlösungspathos wie in seinen Verirrungen steckt allzu vieles, was einer tief gehenden Zeitstimmung entgegenkommt. Sein glänzender Aufstieg, der ihn aus einer gleichgültigen Utopie von Schwärmern und Kaffeehaus-Literaten zum viel gefürchteten Faktor der großen Politik gemacht hat, ist ein Produkt der schweren Krise, in der sich die Welt befindet.

Die Weltkrise.

Daß alles, was ist, vernünftig sei, macht im Grunde die Urempfindung des natürlichen Menschen gegenüber den Dingen der Welt aus; es ist gewissermaßen die Generalpräsumtion, mit der die Menge, sich selbst unbewußt, an die Betrachtung der Umstände ihres Lebens herantritt. Vollends wenn es sich um eingewurzelte Ideologien und Institutionen handelt, die seit Jahrhunderten oder Jahrtausenden herrschend sind, ergreift die Verneinung nur schwer den ganzen Menschen. Man nehme die sozialistische Agitation, die seit mehr als einem Jahrhundert die proletarischen Massen aller Industriestaaten aufrührt: was hat sie erreicht? Mit ihrer Anzweiflung des ganzen Prinzips der bisherigen Güterverteilung schmeichelte sie gewiß elementarsten Interessen der Arbeiterschaft und es gelang ihr in der Tat, die gewaltigste Massenbewegung des letzten Jahrhunderts ins Leben zu rufen und nicht nur die politische Betätigung, sondern das gesamte Denken zahlloser Menschen aufs stärkste zu beeinflussen; — letzten Endes aber hat sie den instinktiven Respekt vor der Naturgemäßheit der Eigentumsordnung und der klaffenden sozialen Spaltungen doch nicht auszurotten vermocht; das, was die dogmatischen Radikalen hohnvoll die Eierschalen der bürgerlichen Vorstellungswelt nannten, wurde trotz aller marxistischen Schulung von den sozialistischen Massen niemals abgestreift. Es müssen schon ganz außergewöhnliche Eruptionen eintreten, um hier die Menschen im Zentrum ihres Gedankenkreises wankend zu machen. Der Weltkrieg war eine solche Eruption; er hat neben der materiellen eine geistige Weltkrise heraufbeschworen, die für einen Augenblick das ganze kunstvolle System von Wertungen, auf denen der Zusammenhalt der alten Ordnungen beruhte, in Frage stellte. Es fehlt allerdings nicht an Leuten, die trotz der schauerlichen, durch den Krieg bewirkten Dezimierung des Menschengeschlechts an keinem ihrer alten Glaubenssätze irre wurden, denen jeder neue Wahnwitz nur ihr altes Weltbild bestätigte. Aber mag die Zahl dieser Charakterfesten beträchtlich sein; größer und für die weitere geistige Entwicklung bedeutungsvoller ist ganz gewiß das Lager der anderen, denen der Krieg die alten Ideale und Ideologien zertrümmert oder wenigstens erschüttert hat. Die Autorität der

großen bewegenden Kräfte der bisherigen Politik ist im Kriege zusammengebrochen; sie haben ihre Suggestivkraft verloren; ein tiefer Ekel vor ihnen, vor Kapitalismus, Militarismus, Imperialismus und auch vor den alten Formen des Patriotismus hat sich vieler Menschen bemächtigt. Das, was diese Kräfte angerichtet haben, spricht vernichtend gegen sie; ein explosives und verworrenes Suchen nach neuen Werten, nach sicheren Garantien gegen eine Wiederkehr des Unerträglichen war die natürliche Folge.

Dies alles begegnete sich mit Zeitstimmungen, die über den Rahmen des Politischen hinausgehen und die längst vor dem Kriege sich angebahnt hatten. Auch hier ist alles noch gärend und widerspruchsvoll und von fertigen Resultaten ist man noch weit entfernt. Den wesentlichsten Inhalt dieser Strömungen trifft man vielleicht, wenn man sagt, daß es sich dabei vor allem um die Bewertung der Kulturwirkungen der modernen, auf die Entwicklung der Technik gegründeten Zivilisation handelt. Ohne Zweifel wäre ohne diese technische Entwicklung die gesamte glänzende Organisation der Menschheitsbeziehungen, die das letzte Jahrhundert zu Wege gebracht hat, völlig undenkbar; dennoch aber — und dies ist die Kehrseite des Bildes — tritt die Tatsache immer deutlicher hervor, daß die ungehemmte, gegengewichtslose Ausbildung der Technik die Menschen schließlich in schlimmste Unfreiheit, in seelische Verödung und Barbarisierung gestürzt hat. Wie eine verblüffende Vorhersage dieser Entwicklungen und des Weltkrieges selbst liest sich die buddhistische Lehre, auf die vor ein paar Jahren einmal in der „Frankfurter Zeitung" hingewiesen wurde: daß die Menschheit eines Weltalters zu Grunde gehe, wenn ihre Technik so stark geworden sei, daß die Entwicklung ihrer Moral damit nicht mehr Schritt halten könne. Daß eine Inkongruenz der in diesem Satz formulierten Art für die kulturelle Entwicklung der Jahrzehnte vor dem Kriege charakteristisch war, ist sicher; nichts anderes als dies lag letzten Endes den Erscheinungen zu Grunde, die Walther Rathenau unter der Formel der Mechanisierung des Lebens zusammengefaßt hat. Was damals nur wenige sahen, ist während des Krieges und nach ihm die gemeinsame Empfindung von vielen und die dumpfe Stimmung von Millionen geworden. Der Mensch fühlt — ein Aufsatz „Mensch und Maschine" von Franz Doruseiff, der kürzlich in

den „Preußischen Jahrbüchern“ erschienen ist, und der hier als ein Beispiel aus vielen herausgegriffen sei, spricht sehr fein darüber —, wie durch die Entwicklung der Technik der Arm des Menschen zu stark geworden, und wie ihm darüber das untrügliche Muskelgefühl für die richtige Verwendung dieser Kräfte verloren gegangen ist, das jeder Mensch, jedes Tier für die ihm gegebene Stärke besitzt und das allein ihren rechten Gebrauch verbürgt. Der hierdurch hervorgerufene halsbrecherische Zustand ist zu künstlich und für die Dauer unmöglich; daher rührt das Gewalttätige und Rohe in unserer Zeit: es herrscht eben der Zustand der verzweifelten Notwehr gegen eine maschinelle Uebermacht und Vergewaltigung auf Schritt und Tritt. Die Abwehrbewegungen sind zerschmetternd brutal; sie haben den Gesellschaftskörper in einen Zustand krankhafter Hemmungslosigkeit versetzt. Aus einer an sich gesunden und wertvollen Stimmung der Rebellion gegen die Omnipotenz der Maschine ist infolge der übermenschlichen Anspannung des Krieges bei vielen ein schrankenloses Nachgeben an die gemeinschaftsfeindlichen Triebe des Individuums geworden; große Massen von Menschen aller beteiligten Länder sind aus dem Kriege mit psychischen Verwundungen zurückgekehrt, die für die Rückkehr zum Frieden und zur Arbeit gefährlicher sind als alles andere.

Es mußten Voraussetzungen dieser Art — eine tiefgehende Erschütterung aller alten Werte und ein leidenschaftlicher Empörerwillen gegen die modernen Formen der Menschenversklavung in Verbindung mit den daraus folgenden Zersetzungserscheinungen — zusammentreffen, um eine Erscheinung wie den Bolschewismus als einflußreichen Faktor der praktischen Politik möglich zu machen. Die brennende Ungeduld, die die Menschen in ihrem Drang, die Welt zu erneuern, am Ende des Krieges ergriffen hatte, bestimmt auch das Tempo des Bolschewismus. Auch der Bolschewismus kann nicht warten; er will vorwegnehmen, will durch eine riesenhafte Willensanstrengung das Unmögliche schnell — oder wenigstens schneller als die anderen — möglich machen und so zwar noch nicht das Endziel, aber doch schon radikalste Teilumwälzungen durchführen. Das notwendige Vertrauen in die eigene Kraft erwächst ihm hierbei aus einer großartigen Illusion; aus dem Glauben an die absolute Güte der Menschennatur. Alles Unheil der Welt und alles Böse im Menschen rührt nach der Auffassung des Bolschewismus von einer

Grundursache her, von der Unterdrückung der Menschen durch Menschen, und man braucht nur diese Unterdrückung aufzuheben, um das Gute im Menschen zur Herrschaft zu bringen. Lenin, der Realpolitiker, hat sich hierüber in seinen Schriften mit der Naivität eines weltfremden Schwärmers ausgesprochen. Dieser feste Glaube an die Güte des Menschen verleiht dem Bolschewismus jenen Elan, der ihm unter den idealistischsten Köpfen des lebenden Geschlechts begeisterte Gefolgschaft eingetragen, ihn zu einem Symbol radikalen Erneuerungswillens gemacht hat; auf der anderen Seite aber liegt in ihm auch die letzte Erklärung für das Scheitern des praktischen Bolschewismus, für den fürchterlichen Gegensatz zwischen Idee und Realität, der hier klafft. Denn in Wahrheit ist der Mensch weder absolut gut, wie der Bolschewismus behauptet, noch absolut schlecht, wie die Reaktionären meinen, die das einzige Rezept der Menschenbehandlung darin sehen, daß man die Bestie im Zaum halte. Er ist keines von beidem oder beides zugleich. Wohl muß es das Ziel aller Politik sein, den Menschen frei zu machen, und dazu ist es notwendig, daß man an ihn glaubt; wer aber in der Politik nicht mehr Unheil anrichten als Nutzen stiften will, der muß den Menschen auch *kennen* und den menschlichen Trieben die Hemmungen zu erhalten wissen, die sie in aller Vergangenheit gebraucht haben und weiterhin brauchen werden. Indem der Bolschewismus von der Natur des Menschen, wie er ist, völlig abstrahiert, gelangt er, der in seiner Theorie die allerhöchsten Ansprüche an den Menschen stellt, in der praktischen Wirkung dazu, gerade die minderwertigsten Instinkte der Menschen zu nähren. Immer wieder ist es in Sowjet-Rußland — und genau in der gleichen Art an den verwandten Erscheinungen des deutschen politischen Lebens — beobachtet worden, wie der Bolschewismus die negativen Eigenschaften seiner Leute glorifiziert, wie er absoluten Entartungssymptomen erhabene Motive andichtet, Arbeitsunlust in konsequenten Sozialismus, Wirtschaftszerstörung in revolutionäre Energie umdeutet, wie er bornierten und zügellosen Haß nicht nur des Armen gegen den Reichen, sondern des Plebejers gegen den Kulturmenschen züchtet. Trotzki selbst erzählt in seiner Schrift „Von der Oktoberrevolution bis zum Brester Friedensvertrag" von den „Instinkten der Sklaverei", die, durch Jahrhunderte anerzogen, bei dem befreiten russischen Proletariat zu Tage getreten seien. Der Bolschewismus aber,

weit entfernt, diese Instinkte zu überwinden, kommt ihnen geradezu entgegen; er treibt mit den kranken Trieben der Zeit Kult, statt sie zu heilen: dies ist, wenn man alles in allem nimmt, die Summe seiner praktischen Wirkung.

Zwischen diesem äußersten Extrem krampfhaften Zwingenwollens und dem müden Stumpfsinn eines reaktionären Nihilismus, der alles von der Wiederkehr des unverfälschten Machtprinzips erwartet, ist der Weg der Demokratie nicht leicht. Die Demokratie selbst war in den Strudel der großen Krise hineingezogen worden, weil sie es nicht verstanden hatte, ein Damm gegen den Imperialismus zu sein; während des Krieges trieben dann ihre falschen Freunde im Kampf um die Meinung der Welt den skrupellosesten Mißbrauch mit ihrem guten Namen, und nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte wurden die feierlich verkündeten Grundsätze eines demokratischen Rechtsfriedens von der Entente mit einem Zynismus verleugnet, der die ganze Gedankenrichtung aufs schwerste kompromittierte. Trotzdem haben, wenn man die Summe zieht, die Kräfte der Demokratie aus dem Weltkrieg und der Weltkrise einen gewaltigen Antrieb davongetragen. Die Menschen haben gesehen, wohin der wunderbar feine Mechanismus von Weltzivilisation und Weltpolitik sie geführt hat; sie rebellieren gegen die Maschine, mag sie nun aus dem subjektiven Machtdrang der den Staat und das Kapital beherrschenden Gewalthaber oder aus der grauenvoll unpersönlichen Tyrannei der Technik herausgewachsen sein; dem einzelnen Menschen soll wieder Spielraum geschaffen, Freiheit und Selbstbestimmung sollen möglich werden; dies aber sind, mögen auch viele sich dagegen sträuben, demokratische Postulate. Es liegt auch nahe, daß in einem Augenblick, wo die alten Autoritäten zusammengebrochen sind, der naturrechtliche Gedanke der elementaren Souveränität des Volkes aufleben muß, und daß in solcher Zeit selbst die Krisen und die Niederlagen der Demokratie keinen anderen Erfolg haben können als den, den Drang nach geläuterter sozialer Demokratie unaufhaltsam zu machen. In ihr finden die Völker und Staaten das, was sie im Augenblick am notwendigsten brauchen: neue Bindungen und eine feste Plattform für die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Denn während alle anderen Staatsformen diejenigen Volksteile, die durch sie zurückgesetzt werden, zum prinzipiellen Widerstand gegen die bestehende Machtverteilung herausfordern, schafft die

Demokratie ein System, wenn auch zunächst nur formaler Rechtsgleichheit, mit dem sich grundsätzlich alle abfinden können. Auch die Gegner der Demokratie vermögen sich der demokratischen Idee nicht absolut zu verschließen. Dem Bolschewismus ist allerradikalste Demokratie Endziel, und noch in seinen schlimmsten Verzerrungen ist der Drang nach Demokratie zu erkennen. Und bei den Parteien der Rechten scheint jetzt doch langsam ein neuer politischer Typ zu entstehen, die Erscheinung des demokratischen Konservativen, der, ähnlich wie die verwandten Parteirichtungen etwa in England und der Schweiz, sich entschlossen auf den Boden der Demokratie stellt, um von ihm aus konservative Politik zu treiben. Diejenigen Deutsch-Nationalen, die für die Herstellung einer Monarchie mit parlamentarischem Regierungssystem auftreten, sind auf dem Wege zu solcher Entwicklung. Die anderen aber, die nach wie vor die Demokratie ablehnen, tun dies zum Teil letzten Endes nur deshalb, weil sie an einer erquicklichen Durchführung von Gedanken verzweifeln, die auch sie als an sich berechtigt anerkennen.

Solches Verzweifeln aber, das Zurückrufen der alten Gewalten, weil man der eigenen Fähigkeit zum Neuen mißtraut, wäre das Schlimmste, was den Völkern in der gegenwärtigen Lage widerfahren könnte. Sicherlich tut ihnen Ernüchterung not; der Mensch muß den Boden der Realitäten zurückgewinnen, muß es aufgeben, aus dem verwüsteten Erdreich mit einem Schlage einen lachenden Garten hervorzaubern zu wollen. Aber ohne geistige Frucht sollen die hinter uns liegenden fünf Jahre dennoch nicht geblieben sein. Je höher die Schwierigkeiten sich türmen, desto intensiver und zäher muß der Wille zur Aufrichtung eines Weltgebäudes werden, der uns aus der Gehetztheit und Gewaltmäßigkeit der alten Welt wenigstens ein Stück vorwärts in bessere Zustände führt. Sehr mit Recht ist in den letzten Monaten an das Wort Friedrich Wilhelms III. aus der Zeit nach Jena erinnert worden, daß der Staat, wenn das deutsche Volk in der Welt bestehen solle, mehr als je durch geistige Kräfte ersetzen müsse, was es an physischen verloren habe. In der Tat ist es das letzte Recht des Besiegten — ein Recht, das ihm niemand verwehren kann — sich von der bloßen Macht auf den Geist zu besinnen; auch die uns feindliche Welt enthält Elemente genug, die für uns verwertbar sind, wenn wir nach dem tiefen Fall, den wir getan haben, uns an das Geistige klammern, um uns neu zu erheben.